

Neues Beamtendienstreugesetz für Sachsen

Das Sächsische Gesamtministerium beschloß eine Dienststrafordnung nach einem im Ministerium des Innern ausgearbeiteten Entwurf. Das sächsische Beamtendienstreugesetz, im wesentlichen aus dem Jahr 1876 stammend, war veraltet, in elf verschiedenen Gesetzen verstreut und daher unübersichtlich und genügte nicht in ausreichendem Maß den Bedürfnissen der Dienstzeit. Auch aus politischen und finanziellen Gründen bedurfte es der Nachprüfung, zumal der bisherige Zustand dazu geführt hatte, daß Dienststrafverfahren erst nach einer unerträglich langen Dauer erteilt werden konnten. Das Dienststrafrecht gewährte aber auch den Beamten nicht den durch die Reichsverfassung vorgeschriebenen ausreichenden Rechtsschutz, insofern ein Wiederaufnahmeverfahren überhaupt nicht und ein Beschwerdeweg nicht in jedem Fall geregelt war.

Das neue Gesetz gilt für alle im öffentlichen Dienste des Landes (Staat, Gemeinden, öffentliche Anstalten) stehenden Beamten und Lehrer. Es sichert im Interesse des Staates eine straffe Dienstzeit, ermöglicht durch die Beschränkung der Voruntersuchung in geeigneten Fällen und durch die Bildung einer ständigen, nur mit Berufsrichtern besetzten Dienststrafkammer eine wesentliche Beschleunigung des Verfahrens, beschränkt die Gewährung von Unterhaltzuschüssen an diensttätige Beamte und beschränkt den in der Öffentlichkeit oft angegriffenen Zustand, daß pflichtvergessene Beamte zu Lasten der öffentlichen Verwaltung noch lange Zeit nach Feststellung ihrer Verfehlungen ihre Dienstbezüge erhielten. Das Gesetz dient aber auch dem Schutz der Beamten, indem es für alle Dienststrafverfahren ein Beschwerderecht und die Möglichkeit des Wiederaufnahmeverfahrens einräumt, eine Verjährung für Dienstvergehen regelt, den Beamten das Recht einräumt, zur Reinigung von dem Verdacht einer Dienstpflichtverletzung ein Dienststrafverfahren gegen sich selbst zu beantragen, und indem es die wesentlichen Vorschriften des Strafprozesses auch in das förmliche Dienststrafverfahren einfließt.

Das Dienststrafrecht hat die Aufgabe, pflichtvergessene Beamte in leichten Fällen durch Dienststrafen an ihre Pflicht zu erinnern und unwidrig gewordenen Glieder aus dem Beamtentum zu entfernen. Das muß im Interesse des Staates und auch im Interesse eines pflichttreuen und lauberen Beamtentums mit aller Rücksichtslosigkeit geschehen. Dabei muß der pflichttreue Beamte vor unbegründeten Angriffen geschützt und ihm die Gewähr geboten sein, gegebenenfalls sein Recht sicher finden zu können. Diese Zwecke zu verwirklichen, ist die neue Landesdienststrafordnung bestimmt.

Aufhebung der Beamtensvertretungen

Das Sächsische Gesamtministerium hat auf Vorschlag des Innenministeriums beschlossen, die bei den einzelnen Dienststellen bestehenden Beamtensvertretungen mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Die Einhaltung eines Zwischengliedes in das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen steht nicht nur im schroffen Gegensatz zur Tradition des Beamtentums, sondern auch zu den Grundgedanken der nationalsozialistischen Regierung und der hinter ihr stehenden Volksbewegung. Vertrauensmann im besten Sinn des Wortes soll für jeden Beamten der eigene Dienstvorgesetzte sein.

Ein Jäger-Bonze gefallen

Der Herr Reichstatthalter für das Land Sachsen hat auf Vorschlag des Gesamtministeriums die vom Ministerium des Innern angeregte Dienstentlassung des Ministerialdirektors I. e. R. Dr. Hans Hugo Freund in Dresden mit sofortiger Wirkung ausgesprochen. Die Entlassung erfolgt gemäß § 2 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933; hierdurch verliert Freund den Anspruch auf Ruhegeld oder Pension und auf Weiterführung seiner bisherigen Amtsbezeichnung. — Freund war leinzeitig vom Ministerpräsidenten Jäger auf einen so verantwortungsvollen und hohen Posten berufen worden, ohne die hierfür notwendige fachliche Eignung zu besitzen.

Große Straßenbauten in Sachsen

„Der Freiheitskampf“ berichtet, daß im Rahmen des großen Straßenbauprogramms sechs Durchbruchstraßen und zwar zwei Nord-Süd-Achsen, drei West-Ost-Achsen und eine Diagonale, gebaut werden sollen. Die zweite Nord-Süd-Achse von Königberg nach München führt von Berlin aus über Leipzig und Plauen nach Bayern hinein. Die zweite West-Ost-Achse verbindet das Saargebiet über das sächsische Industriegebiet mit Oberschlesien, und zwar von Saarbrücken über Kaiserslautern, Frankfurt, Fulda, Weimar, Erfurt, Leipzig, Dresden und Görlitz nach Gleiwitz. Das Reichsministerium werde sich wahrscheinlich noch in dieser Woche mit diesen großen Straßenbauplänen beschäftigen. Nähere Einzelheiten sind noch nicht bekannt geworden.

Der „Böltische Beobachter“ zum Verbot der NSDAP in Oesterreich

„München. Unter der Überschrift 'Jetzt erst recht. — Kampf diesem System' nimmt der 'Böltische Beobachter' zum Verbot der NSDAP in Oesterreich wie folgt Stellung: Mit der Auslösung, vor dem längsten Tag des Jahres, hatte der erbitterteste Feind Deutschlands, Vauquain, schon gebroht. Mit dem gestrigen Schritt hat die Deutschenverfolgung in Oesterreich durch Alexits, Juden und Marxisten-Innen ihre Höhepunkt erreicht. Man darf bei Verurteilung der Lage dabei nicht übersehen, daß die Diktatur und Konjunktur gar nicht für ein Volk oder Staatsgefüge kämpfen, sondern bloß für ihre eigene Person aus Furcht vor einem künftigen Emigrantenleben. Das österreichische Volk hat diese miserable Gesinnung längst durchschaut und die vom Verzicht freigesetzten Nationalsozialisten mit Jubel empfangen und mit Blumen überschüttet. Sein Votum in dieser tragischen Frage ist eindeutig. Ebenso eindeutig aber ist auch der Abwehrkampf Deutsche-Oesterreichs gegen den wahrhaftigen Versuch einer jüdisch ausgehaltenen Gabelung der Nation. Mit heißer Sympathie wird ganz Deutschland diesen Kampf verfolgen und begrüßen, wenn die Länder dem früher schänden, heute verpöhlten Wien die notwendige Antwort erteilen werden. Ueber eines darf kein Zweifel bestehen, der Kampf wird nicht früher abgebrochen werden, als bis die Unglücksbänder und Volksverräter Dörfel, Vauquain usw. davon gejagt sind aus einem Lande, dem sie schon jetzt so viel Unheil und Not gebracht haben. Oesterreich erwacht und daran wird das Zentrum in Oesterreich stehen. Wir Nationalsozialisten grüßen in dieser Kampfschlunde unsere österreichischen Brüder und wissen, daß sie ausbarren werden in der Durchführung der Sendung, die ihnen das Schicksal anvertraut hat.

Frankreich sabotiert weiter die Abrüstung.

Schlechte Ausichten für die Abrüstungskonferenz.

von Berlin. Als die Abrüstungskonferenz am 8. Juni vertagt wurde, begann noch am demselben Tage in Paris die sogenannten Dreier-Verhandlungen, deren Zweck es war, auf die französische Regierung einen Druck auszuüben, damit sie in der Frage des Abrüstungsmaterials nachgibt und dadurch die Möglichkeit schafft, daß die Abrüstungskonferenz endlich vorwärts käme. Der amerikanische Vertreter Norman Davis und der Engländer, Luftfahrtminister Lordonberru haben sich zweifellos auch die größte Mühe in dieser Richtung gegeben. Aber das amtliche französische Nachrichtenbüro stellte bald fest, daß Frankreich sich trotzdem weigerte, irgend etwas zu tun. Frankreich verlangte die Schaffung einer ständigen automatischen effektiven und gegenseitigen Kontrolle und ferner Maßnahmen, die festlegten, daß die Signatoren der Abrüstungskonvention im Falle einer festgestellten Verletzung der Bestimmungen dieser Konvention eingreifen würden. Erst wenn ein solches System eingeführt wäre und sich bewährt hätte, würde Frankreich die Beseitigung gewisser

Kriegsmaterialien oder ihre Uebersetzung an den Völkernbund ins Auge fassen. Die Öffentlichkeit war damals trotzdem noch nicht pessimistisch. In einzelnen Zeitungen tauchte die Vermutung auf, daß man in London vielleicht doch noch zu einer Verständigung kommen würde. Zum mindesten war ja auch zu erwarten, daß Henderson den Versuch machen würde, in London noch einmal mit den maßgebenden Staatsmännern der anderen Länder zusammenzukommen, um eine bessere Atmosphäre für die am 27. Juni in Aussicht genommene Fortsetzung der Abrüstungskonferenz zu schaffen. Leider müssen wir nun wieder feststellen, daß solche Londoner Verständigungen wegen der Fortsetzung der Konferenz an der Haltung der französischen Regierung gescheitert ist. Denn aus London wird gemeldet, Henderson habe jetzt erklärt, daß der Zusammentritt des Büros der Abrüstungskonferenz in London nicht stattfinden würde. Damit ergaben sich für die in der nächsten Woche beginnenden weiteren Verhandlungen der Konferenz die aller schlechtesten Perspektiven.

Wie Volkfuß deutsche Diplomaten behandelt.

von Berlin. Vor Vertretern der deutschen Presse schilderte am Dienstag der bisher der deutschen Gesandtschaft in Wien als Presseattaché angeordnete Herr Cohrs seine Erlebnisse mit den österreichischen Behörden. Cohrs hat im Weltkrieg für Oesterreich an der West- und am Fronte in Polen und in Russland gekämpft, er hat dann seit 1920 für freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich gearbeitet und die kaiserliche Landesregierung hat ihm auch ihren Dank für seine Tätigkeit während der Abkündigung in Kärnten ausgesprochen. Der Dank der Bundesregierung bestand jedoch dann darin, daß er vor zwei Jahren den Ausweisungsbefehl erhielt. Zur Ausweisung kam es dann allerdings nicht, aber Cohrs durfte als „lästiger Ausländer“ nicht mehr über Oesterreichs Verhältnisse sprechen. Als er vor zwei Monaten zur Wiener Gesandtschaft versetzt wurde, stellte er seine politische Tätigkeit natürlich ganz ein.

Cohrs erzählt dann: Am Dienstag morgen erschienen um 1/2 Uhr früh in meiner Wohnung zwei Kriminalbeamte. Ich wollte sie nicht einlassen und wies meinen Diplomatenpaß vor. Trotzdem bekamen sie auf telefonische Rückfrage den Auftrag, meine Wohnung zu durchsuchen, wobei sie auch ein Päckchen Schriften aus dem Jahre 1931/32 fanden. Mich selbst schleppten sie ins Gefängnis. Beim Verhör weigerte ich mich, irgendwelche Aussagen zu machen, da ich als Mitglied der deutschen Gesandtschaft nur deutschen Behörden gegenüber zur Aussage verpflichtet sei. Dann brachte man mich in das sogenannte Depot. Ich wurde aufgefordert, die Hände hoch zu heben, und man durchsuchte meine Taschen. Schläge, Fragen und Mißtrauen wurden abgenommen, damit ich mich nicht erhängen könnte, ebenso Mäntelchen, Geld und Schmuckstücke. Als die Beamten in meine linke Tasche greifen wollten, wehrte ich mich erfolgreich mit Gewalt, weil ich dort Papiere des Auswärtigen Amtes hatte. In einer anderen Tasche wurde ich dann nochmals einer Verhöreraktion unterzogen, wobei ich dieselbe Kampf um die diplomatischen Papiere abspielte.

Dann wurde ich in eine Verhörgewelle geführt. Meine Proteste gegen die Verhaftung wurden mit einem Hohnschrei zurückgewiesen. Auch Briefe sollte ich nur unter Vorzensur schreiben dürfen; man sagte mir, im Dritten Reich sei das ja ebenso. Dann bekam ich den Ausweisungsbefehl angelesen, gegen den ich am nächsten Tage Berufung einlegte. Man suchte mich noch hereinzulassen, indem man mir einen Schein vorlegte, durch dessen Unterschreiben ich die Verpflichtung einsehen sollte, Wien nicht zu verlassen und mich bis zur Entscheidung über die Berufung nicht politisch zu betätigen. Die Regierung braucht nämlich über solche Berufungen erst innerhalb sechs Monaten zu entscheiden, solange wollte man mich also festhalten. Da ich mich weigerte, meine Unterschrift zu geben, blieb ich am Tage eingesperrt, wobei ich sechs Kilogramm abgenommen habe. Auf die Intervention der Gesandtschaft hin wurde mir schließlich eine „Intelligenzliste“ angewiesen, in der ich mich auch am Tage auf der Straße ausruhen durfte. Zeitungen bekam ich aber erst am nächsten Tag. Der Gewandte Dr. Riehl und die anderen Herren der Gesandtschaft haben übrigens Tag und Nacht sich bemüht, mein Los zu erleichtern. Ich habe mich bei dem Gesandten nicht einmal ordnungsgemäß abmelden können, weil man fürchtete, wenn ich in die Gesandtschaft gehe, dann würde ich in diesem exterritorialen Gebäude bleiben und die österreichische Polizei foppen. Man hat mir sogar verboten, meinen Reichsabstand anzulassen.

Ergreifend war der Abschied von der Menschenmenge, die zum Flugplatz gekommen war, als ich abfliegen sollte. Der ganze Flugplatz hallte wider von Heilwünschen.

Im übrigen versichert Cohrs, daß man die Stimmung des Volkes auch in Oesterreich nicht auf die Dauer werde unterdrücken können. Als ein Beispiel dafür erzählte er, wie die Anwesenheit des Gefängnisses morgens und abends das Gerücht verbreitet, daß es durch das ganze Gefängnis habe.

Schicksalsfragen der Londoner Konferenz

London. Die Weltwirtschaftskonferenz ist bereits in das Stadium getreten, das den Teilnehmern die Frage vorlegt, wie überhaupt weiter gearbeitet werden soll. Zwar hat sich die Konferenz in einen unübersehbaren Komplex von Unter- und Nebenausschüssen aufgespalten, deren Tätigkeit eine Teilung des Bildes intensiver Arbeit wird bieten können, da die Erweiterung, Veranschaulichung, Zusammenfassung und Umarbeitung der von den einzelnen Delegationen eingereichten Vorschläge nicht von heute auf morgen erledigt werden kann. Eines Tages wird aber der Augenblick kommen sein, an dem festgelegt werden muß, welcher Grad von Uebereinstimmung wenigstens über die wichtigsten Fragen unter den Konferenzteilnehmern besteht.

Man fragt sich jetzt schon, wie diese Uebereinstimmung erzielt werden soll, wenn so wichtige Delegationen wie die amerikanische unter sich und mit ihrer Regierung nicht einig zu sein scheinen. Roosevelt hat bekanntlich gegen die von den Londoner Vertretern der Zentralbanken vereinbarte vorläufige Stabilisierung Einspruch erhoben und auch der Vorschlag einer zehnprozentigen Zollentlastung ist zurückgefallen worden. Der einzige Beitrag Amerikas zu den Konferenzarbeiten ist im Augenblick der Antrag des Senators Pittman, die Metalldeckung der Währungen auf 25 Prozent, wovon ein Fünftel in Silber bestehen könnte, zu beschränken. In dem Unterabsatz, der sich gestern mit diesem Antrag zu beschäftigen hatte, wurde ihm allerdings eine Tendenz gegeben, die sich gegen die amerikanischen Urheber richtet; es wurde nämlich mit beiträglichem Uebereinstimmung der Auffassung aus der Begründung des Antrages zunächst nur der Wunsch nach einer baldigen Stabilisierung

der Währungen und nach Wiedereinführung des Goldes als Wertmesser zum Ausdruck erhoben, während die Metalldeckungsfrage, die Amerika gerade nicht in diesem Sinne gelöst sehen möchte, einen Nebenansatz überlesen wurde. Derartige Prozedurfolge sind natürlich für den Erfolg der Konferenz ziemlich bedeutungslos, denn gegen den Willen Amerikas kann gerade in der Währungsfrage nichts beschlossen werden, und auch die heute aufgetauchten Gerüchte über einen europäischen Stabilisierungsplan scheinen weniger auf realen Möglichkeiten als auf der besonders in England und Frankreich herrschenden Verwirrung über die neue amerikanische Inflationspolitik zu beruhen. Da die andere noch ungelöste Hauptfrage, das Schuldenproblem, nicht auf oder während der jetzigen Konferenz erörtert werden soll, hat sich jetzt schon die paradoxe Lage ergeben, daß man gerade in England 10 Tage nach dem Beginn der Konferenz mit einer gewissen Ungeduld auf ihr Ende wartet.

Bestrebungen zur Stabilisierung der europäischen Währungen.

London. Daily Telegraph schreibt: Sollte Amerika auch weiterhin eine Politik der Inflations betreiben, dann werden vielleicht Maßnahmen zur Stabilisierung der europäischen Währungen vereinbart werden. Es werde in dieser Beziehung für bedeutungsvoll gehalten, daß gestern eine Zusammenkunft europäischer Bankiers in der Bank von England stattgefunden habe.

Sitzung der Reichsratsausschüsse.

Berlin. Die Ausschüsse des Reichsrates beschäftigten sich, wie der Parlamentsdienst der Telegraphen-Union meldet, am Dienstag nachmittags mit den Verhandlungen, die die Begriffsbestimmungen für Osh, Rakao-Erzeugnisse, sowie Zweifelsfälle. Außerdem werden Grundzüge über Reichsarbeit und Kennzeichnung dieser Erzeugnisse aufgestellt. Die Vorlagen wurden mit geringen Veränderungen angenommen und sollen in der Vollendung des Reichsrates am nächsten Donnerstag endgültig verabschiedet werden.

Auflösung der Pressekonferenz.

Berlin. Wie der 'Bölt. Beob.' meldet, ist die Pressekonferenz, die täglich mittags in Anwesenheit von Mitgliedern der Reichsregierung abgehalten wird, aufgelöst worden. Der Leiter der Pressestelle im Propagandaministerium, Dr. Jahnke, teilte nach der erfolgten Auflösung mit, daß er eine neue Konferenz einberule, die unter seinem Vorsitz stehen werde. Die Bedeutung der Neuordnung liegt darin, daß die Pressekonferenz, die bisher als ein selbständiges Gebilde in Erscheinung trat, das seinen eigenen Vorhängen wählte, ihre Selbstständigkeit verliert. Die täglichen Konferenzen, an denen auch in Zukunft teilgenommen werden sollen, kommen Empfangen bei der Reichsregierung zu.

Neurath an Amerika

Reichsaussenminister Neurath hielt im Rundfunk an das amerikanische Volk eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Der Erfolg der Wirtschaftskonferenz hängt von friedlichem und verständnisvollem Zusammenarbeiten der Völker ab. Die Tatsache, daß in Deutschland die Staatsgewalt von einer Bewegung ergriffen wurde, die als revolutionär angesehen wird, hat manchen Stellen außerhalb Deutschlands Anlaß gegeben, sich beunruhigt zu zeigen. Man hat diese Bewegung in Deutschland dafür verantwortlich machen wollen, daß das notwendige politische Vertrauen nicht vorhanden ist. Ich möchte keine Gelegenheit verpassen, dies richtigzustellen. Die Staatsführung im Innern Deutschlands hat sich geändert. Die Außenpolitik Deutschlands ist friedfertig geblieben. Durch die neue innere Staatsführung wurde ein einheitlicher Staat gebildet. Deutschland ist dadurch zum stärksten Bollwerk gegen die kommunistische Gefahr geworden. Für die Friedfertigkeit der deutschen Außenpolitik hat Reichsbankier Hitler das stärkste Zeugnis in der Regierungserklärung abgegeben. Diese Erklärung mußte alle Befürchtungen über die außenpolitische Haltung der nationalsozialistischen Regierung zerstreuen. Auf der Abrüstungskonferenz in Genf, bei dem Vakt von Rom und bei anderen Gelegenheiten hat die nationalsozialistische Regierung wahre Bemühungen um die Herstellung der Weltfriede gezeigt.

Das G...
D. U...
Bandeslich...
sten Dienst...
gnade ange...
als wiffen...
einen Nam...
ginsaus vor...
sächlichen...
nen. Sein...
unserer un...
zeichnen, i...
Prediger...
bener Dom...
immer bere...
mehren zu...
ausgelöst.
hat er den...
nungen mit...
hängt mit...
gehabt.
daß auch...
bei ihm...
sonderheit...
Beipzig un...
in dem von...
lebendigem...
doer, und...
seine geme...
zum für d...
die Valt sei...
Kloven Gla...
bis zuleht...
Die nation...
mit dankba...
eine neue...
Die G...
Meibendem...
sein Name...
eigenen G...
Berl...
Beröffentl...
Geburtsst...
grammen i...
Iobhaften...
zu danken...
freundlich...
auf diesem...
Ginder...
Ber...
minlieden...
Dura, des...
Minister...
Arontu...
Meine au...
Wächte, d...
tragen, d...
abhängt, u...
Frontteil...
Genera...
In unwa...
kampfbem...
Schwarz...
Geburtsst...
Uebera...
Dr. Eugen...
Bandwird...
Reichsbau...
telegraph...
Su Bred...
Landswin...
lange Jahr...
liches Sach...
land und...
kunst Dent...
Die we...
Führer de...
richtig. G...
gekürzte I...